Im Namen Allahs, des Erbarmungsvollen, des Barmherzigen

<u>Antwort auf eine Frage</u>

Der Sudan und die Spannungen mit Äthiopien

Frage:

Das sudanesische Mediennetzwerk Ayin berichtete am 09.11.2026: *Mit der Ausweitung des Krieges im Sudan und dem erneuten Aufflammen der Konflikte im Norden Äthiopiens wächst die Sorge, dass die gemeinsame Grenze zu einem offenen Schauplatz regionaler Abrechnungen werden könnte, die über die beiden unmittelbar beteiligten Konfliktparteien hinausgehen …*

Bereits am 04.11.2026 hatte Reuters unter Berufung auf einen hochrangigen äthiopischen Beamten berichtet, *dass sein Land das sudanesische Konsulat in der Grenzstadt Assosa geschlossen und die sechs dort tätigen Diplomaten angewiesen habe, das Land innerhalb von 48 Stunden zu verlassen*.

Unter Berufung auf sudanesische Regierungsvertreter berichtete die Nachrichtenagentur ferner, dass *die sudanesische Regierung daraufhin mit der Schließung des äthiopischen Konsulats in der ostsudanesischen Stadt Gedaref reagiert und die dort tätigen Diplomaten ausgewiesen habe*.

Zuvor hatte der Staatssekretär des sudanesischen Außenministeriums bei einer Unterrichtung der im Sudan akkreditierten diplomatischen Vertretungen erklärt, dass *der äthiopische Stützpunkt in Assosa zu einem Zentrum für die Versorgung der Rapid Support Forces (RSF) mit Waffen und militärischer Ausrüstung geworden sei. Zugleich werde von dort aus die Einreise ausländischer Kämpfer und Söldner auf sudanesisches Territorium erleichtert, damit diese sich an den militärischen Operationen beteiligen könnten*. (Sudan News, 04.11.2026)

Was steckt nun hinter diesen Spannungen zwischen den beiden Ländern? Und spielen die USA dabei eine Rolle, die Druck auf die sudanesische Regierung ausüben, sich mit den separatistischen Aufständischen an den Verhandlungstisch zu setzen?

Antwort:

<u>Um die Antwort auf die vorstehenden Fragen zu verdeutlichen, sollen zunächst die folgenden Aspekte dargelegt werden:</u>

1. Die USA verfolgen den Plan, Darfur vom Sudan abzuspalten. Ihr Vorschlag vom 20.06.2026, den Massad Boulos, der Sondergesandte des US-Präsidenten für arabische und asiatische Angelegenheiten, vorgelegt hat, fordert den Sudan auf, sich mit den bestehenden Verhältnissen abzufinden. Dies geschieht unter dem Deckmantel eines Papiers, das die Ausrufung einer umfassenden und unverzüglichen humanitären Waffenruhe im gesamten Land für die Dauer von 90 Tagen vorsieht.

In unserer Antwort auf eine Frage vom 29.07.2026 haben wir bereits Folgendes dargelegt:

[Die in dem amerikanischen Vorschlag enthaltene Waffenruhe, die unter dem Vorwand der Bereitstellung humanitärer Hilfe gefordert wird, bedeutet im Falle separatistischer Aufständischer wie den Rapid Support Forces faktisch die Anerkennung ihrer Entität und die Bestätigung des von ihnen geschaffenen Status quo. Ebenso bestätigt das Papier die fortdauernde Existenz der Rapid Support Forces, wenn es von *Sicherheitsregelungen einschließlich Maßnahmen zum Rückzug und zur Verlegung von Truppen* spricht. Es vermeidet jede Forderung nach ihrer Auflösung oder Beseitigung. Vielmehr verlangt es implizit ihren Fortbestand, indem es ihre Truppen zur „Neuverlegung" auffordert. Damit stellt es die reguläre Armee des Landes den Kräften gleich, die dessen Zerschlagung anstreben – wie den Rapid Support Forces. Ferner ruft das Papier zu *begrenzten militärischen Rückzugsmaßnahmen* auf – unter dem Vorwand, *den Zugang humanitärer Hilfe zu erleichtern, die Zivilbevölkerung zu schützen und die Voraussetzungen für die Rückkehr der Vertriebenen zu schaffen*. Auch dies bestätigt, dass diese [separatistischen] Streitkräfte erhalten bleiben sollen, anstatt ihre Existenz zu beenden. Die Legitimation der Existenz und der territorialen Kontrolle der Rapid Support Forces wird in dem Papier zusätzlich dadurch bekräftigt, wenn es dazu aufruft, *die Zeit der Waffenruhe für Verhandlungen zu nutzen, um einen dauerhaften Waffenstillstand zu erreichen und einen Übergangsprozess unter Führung einer zivilen Regierung einzuleiten*. Die Rapid Support Forces werden dabei nicht als separatistische und aufständische Formation bezeichnet; vielmehr wird ihre separatistische Regierung, die auf die Teilung des Sudan abzielt, faktisch anerkannt.]

Ferner erklärten wir:

[Schließlich ist zu erwähnen, dass dieser jüngste amerikanische Vorschlag keineswegs neu ist. Vielmehr knüpft er an den bereits am 12.09.2025 im Namen der sogenannten Vierergruppe – bestehend aus den Vereinigten Staaten, Saudi-Arabien, Ägypten und den Vereinigten Arabischen Emiraten – vorgelegten amerikanischen Vorschlag an, der ebenfalls eine dreimonatige humanitäre Waffenruhe vorsah, die in einen dauerhaften Waffenstillstand münden sollte.]

Dies bestätigt den amerikanischen Plan, die Kontrolle der Rapid Support Forces über Darfur anzuerkennen, mit dem Ziel, diese Region vom Sudan abzutrennen.

2. Der Sudan erklärte seine Ablehnung des von Boulos vorgelegten amerikanischen Vorschlags, zeigte sich jedoch bereit, ihn unter bestimmten Bedingungen anzunehmen. So führten wir in unserer Antwort auf eine Frage vom 29.07.2026 weiter aus:

[… Die sudanesische Regierung antwortete am 25.06.2026 auf den jüngsten amerikanischen Vorschlag vom 20.06.2026. Die Einzelheiten dieser Antwort wurden jedoch erst verspätet veröffentlicht. So berichtete al-Jazeera am 10.07.2026 unter Berufung auf offizielle sudanesische Quellen über die Stellungnahme der Regierung

zu dem amerikanischen Vorschlag. Den Angaben dieser Quellen zufolge enthielt das zweite Papier der sudanesischen Regierungsantwort Folgendes:

Der Rückzug der Rapid Support Forces aus den Städten und ihre Zusammenziehung an festgelegten Standorten sollen in drei Phasen erfolgen: Die erste Phase ist innerhalb von 30 Tagen umzusetzen und umfasst den Rückzug aus der Region Blauer Nil, aus dem Bundesstaat Nord-Kordofan sowie aus Nord-, Zentral- und West-Darfur. Die zweite Phase soll innerhalb von 30 Tagen nach Abschluss der ersten beginnen und den Rückzug der Rapid Support Forces aus den Städten der Bundesstaaten West-Kordofan und Süd-Darfur umfassen. Die dritte Phase soll innerhalb von 30 Tagen nach Abschluss der zweiten beginnen und den Rückzug aus den Bundesstaaten Ost- und Süd-Kordofan vorsehen. Als Sammelort wurde Kauda festgelegt, die Hochburg der Sudan People's Liberation Movement–North unter der Führung von Abdelaziz al-Hilu, die mit den Rapid Support Forces verbündet ist.

Die Forderung der sudanesischen Regierung, die Rapid Support Forces sollten sich aus den von ihnen kontrollierten Städten zurückziehen und sich anschließend an bestimmten Orten neu formieren, bedeutet letztlich eine Anerkennung ihrer fortbestehenden Existenz, anstatt ihre Auflösung und vollständige Beseitigung anzustreben.

Hinzu kommt, dass kaum zu erwarten ist, dass die Rapid Support Forces den Forderungen der Regierung nach einem Rückzug oder nach Verhandlungen nachkommen werden. Andernfalls hätten sie sich überhaupt nicht erhoben, noch die schweren Gräueltaten begangen, die ihnen zugeschrieben werden, oder die gewaltigen Zerstörungen verursacht und die Vertreibung von Millionen Menschen herbeigeführt. Vielmehr kann das Problem der RSF nur durch militärische Gewalt entschieden werden, mit der Entschlossenheit, die Separatistenmiliz vollständig zu eliminieren.] (Zitatende)

3. Am 23.09.2026 hatte das US-Außenministerium eine Erklärung veröffentlicht, in der es hieß:

Die sudanesischen Streitkräfte und die Rapid Support Forces sowie deren jeweilige Führungen stellen keine verfassungsmäßige Regierung des Sudan dar.

Ferner behauptete das US-Außenministerium in seiner Erklärung, es *strebe die Wiederherstellung des Friedens und die Rückgabe der Macht an das sudanesische Volk an*. Weiter hieß es darin, man habe *beide Seiten wiederholt aufgefordert, einer bedingungslosen humanitären Waffenruhe zuzustimmen und sich zu einem umfassenden politischen Dialog zu verpflichten, der den Übergang zu einer zivilen Regierung ermöglicht*. (al-Jazeera, 23.09.2026)

Diese Aussagen richten sich unmittelbar gegen al-Burhan selbst. Schließlich ist er als Oberbefehlshaber der Armee zugleich der Leiter einer der offiziellen staatlichen Institutionen und führt das Land politisch im Namen des präsidialen Souveränitätsrates. Damit wird ihm gedroht, seine Führungsrolle nicht länger

anzuerkennen, da er ein militärischer und kein politischer Führer sei. Dabei ist al-Burhan gerade darauf bedacht, von den USA und anderen Staaten als offizielles Staatsoberhaupt des Sudan anerkannt zu werden.

4. **Anschließend setzten die USA ein weiteres Druckmittel gegen al-Burhan ein:** Sie verweigerten ihm ein Einreisevisum, sodass er nicht nach New York reisen und bei der regulären jährlichen Generaldebatte der UN-Generalversammlung im September 2026 eine Rede halten konnte. Dabei wäre er als oberster offizieller Repräsentant des Sudan ebenso zur Teilnahme berechtigt gewesen wie die Staatsoberhäupter und Vertreter der übrigen Mitgliedstaaten, die nach New York gereist waren.

Die USA knüpften die Erteilung des Visums an al-Burhans Zustimmung zu ihrem Vorschlag für einen 90-tägigen Waffenstillstand sowie zu den weiteren Bestimmungen des Papiers, das der US-Präsidentengesandte Boulos vorgelegt hatte. Al-Burhan verstand dies als Druck seitens seiner Befehlsgeberin USA, ihn zur Zustimmung zu ihren Vorschlägen und damit zur Zerstückelung seines eigenen Landes zu bewegen. Daraufhin erklärte er am 26.09.2026: *Das Land wird sich weder Druck noch Erpressung beugen.* Weiter sagte er: *Unser Ziel ist es, den gesamten Sudan bis hin nach Darfur von diesen Schurken zu säubern.* (Anadolu, 26.09.2026) Dabei war es al-Burhan selbst, der Darfur preisgegeben hatte, als er die Armee von dort nahezu widerstandslos abzog. Dies geschah auf Anweisung der USA, die ihm den Rückzug als vorübergehende Maßnahme dargestellt hatten. Tatsächlich aber führte er zur dauerhaften Festsetzung der Rapid Support Forces und zur Ausrufung eines separaten Staates in Darfur. Und nun erklärt al-Burhan: *Unser Ziel ist es, den gesamten Sudan bis hin nach Darfur von diesen Schurken zu säubern!*

5. Nach all diesen diplomatischen Druckmaßnahmen der USA gegen die sudanesische Regierung unter dem Vorsitz al-Burhans, des Präsidenten des Souveränitätsrates, deutet nun vieles darauf hin, dass Washington über Äthiopien weiteren Druck auf ihn ausüben will. So erklärte der äthiopische Ministerpräsident Abiy Ahmed Ende Oktober 2026, als er die Beschaffung von zwölf russischen Suchoi-Kampfflugzeugen durch sein Land feierte: *Die Kampfflugzeuge werden die Fähigkeit seines Landes zur strategischen Abschreckung stärken. Allerdings bedeuten der Besitz dieser Kampfflugzeuge und die diplomatische Eskalation nicht, dass eine umfassende Konfrontation mit dem Sudan unmittelbar bevorsteht. Von einem direkten Krieg zum gegenwärtigen Zeitpunkt zu sprechen, wäre angesichts der Belastungen, die damit für beide Seiten verbunden wären, verfrüht.* (Sudan News, 04.11.2026)

Diese Erklärung enthält eine unterschwellige Androhung eines Krieges gegen den Sudan. Sie bringt die Bereitschaft dazu zum Ausdruck und besitzt damit durchaus Drohcharakter, insbesondere wenn man sie im Zusammenhang mit der Beschaffung moderner Kampfflugzeuge betrachtet.

Bereits zuvor hatte der sudanesische Souveränitätsrat in einem am 01.11.2026 veröffentlichten Bericht bekannt gegeben, dass *zwischen Februar und Oktober 2026 insgesamt 70 Angriffe mit 187 Drohnen registriert worden seien, die von*

Abschussstandorten in Äthiopien ausgegangen seien. Der Bericht war vom sudanesischen Außenministerium in Zusammenarbeit mit dem militärischen Nachrichtendienst und dem allgemeinen Geheimdienst des Landes erstellt worden. Darin hieß es ferner: *Bei diesen Angriffen wurden 484 Zivilisten getötet oder verletzt. Zudem kamen 176 Angehörige der Armee in den Gebieten Blauer Nil, Khartum und anderen Regionen ums Leben. Die Angriffe richteten sich gegen Krankenhäuser, Wohngebiete sowie Treibstoff- und Stromversorgungseinrichtungen.* Weiter wurde erklärt: *Der Sudan macht Äthiopien völkerrechtlich für die grenzüberschreitenden Operationen verantwortlich und fordert das Land auf, die Angriffe auf sudanesisches Territorium unverzüglich einzustellen und jene äthiopischen Einrichtungen zu schließen, die von den Rapid Support Forces genutzt werden.* Ferner hieß es: *Der Sudan strebt eine rechtliche Ahndung dieser Handlungen sowie Entschädigungen für die dadurch verursachten Schäden und Zerstörungen an.* Dabei wurde darauf hingewiesen, dass *im vergangenen Monat ein Angriff auf vertriebene Familien in Wad al-Mahi im Bundesstaat Blauer Nil verübt worden sei, bei dem 30 Zivilisten, darunter 26 Frauen und vier Kinder, ums Leben gekommen seien*. (AFP, al-Jazeera, 01.11.2026) Das sudanesische Regime schweigt also zehn Monate lang, um anschließend plötzlich bekannt zu geben, dass von Äthiopien aus gestartete Drohnen Hunderte Zivilisten und Soldaten getötet oder verletzt und erhebliche Zerstörungen und Schäden an Stromversorgungsanlagen und anderen Infrastruktureinrichtungen verursacht hätten! Nun fordert es Äthiopien auf, diese Angriffe einzustellen, die von den separatistischen und aufständischen Rapid Support Forces genutzten Einrichtungen zu schließen und Entschädigungen zu leisten – ohne selbst auf diese Angriffe zu reagieren! Dies zeugt von der sträflichen Nachlässigkeit und dem beschämenden Versagen des Regimes, wodurch andere geradezu ermutigt werden, sich ihm gegenüber in einer Position der Stärke zu wähnen, es anzugreifen und seine Gegner sowie die separatistischen Aufständischen zu unterstützen.

6. Das sudanesische Regime wendet sich maximal an die Vereinten Nationen, obwohl diese gegen das Regime arbeiten und es zu Verhandlungen mit den Separatisten auffordern, um deren Anerkennung und eine Aufteilung des Landes mit ihnen vorzubereiten. So gab das sudanesische Außenministerium am 01.11.2026 bekannt, dass es beim UN-Sicherheitsrat und beim Friedens- und Sicherheitsrat der Afrikanischen Union Beschwerde gegen Äthiopien eingelegt habe. Amjad Farid, Berater des Vorsitzenden des sudanesischen Souveränitätsrates, erklärte: *Äthiopien versucht, den Sudan in eine direkte Konfrontation hineinzuziehen. Khartum hat beim UN-Sicherheitsrat offiziell Beschwerde gegen Addis Abeba eingelegt, nachdem Drohnenangriffe auf sudanesisches Territorium verübt worden waren.* Weiter führte er aus: *Der Sudan hat bestätigt, dass die Drohnen von äthiopischem Territorium aus gestartet wurden. Die Beschwerde enthält Einzelheiten und Beweise zu diesen Angriffen.* (Al Arabiya, 02.11.2026) Bereits zuvor hatte der sudanesische Verteidigungsminister am 28.10.2026 gegenüber der sudanesischen Nachrichtenagentur erklärt: *Mehr als 20 Staaten beteiligen sich am Krieg im Sudan,*

indem sie die Rapid Support Forces mit logistischer Unterstützung, Söldnern, finanziellen Mitteln und Drohnen versorgen.

Wenn die Machthaber des Sudan also erkannt haben, dass eine groß angelegte Verschwörung gegen ihr Land im Gange ist, dann stellt es eine Pflicht für sie dar, die Rapid Support Forces zu vernichten, den ausländischen Mächten, die mit dem Schicksal des Landes spielen, das Handwerk zu legen und eine allgemeine Mobilmachung auszurufen. Denn das Vorgehen Äthiopiens kommt einer Kriegserklärung an den Sudan gleich! Nicht aber, sich an den UN-Sicherheitsrat zu wenden, in dem die USA den Vorsitz führen und in dem auch Großmächte wie Großbritannien, Frankreich und andere vertreten sind, die allesamt gegen den Sudan konspirieren, um ihn aufzuteilen!

7. Nach diesen Anschuldigungen gegen Äthiopien und der Einreichung der Beschwerde beim UN-Sicherheitsrat verschärften sich die Spannungen zwischen den beiden Ländern weiter. Beide Seiten ergriffen daraufhin diplomatische Maßnahmen gegeneinander. So berichtete Reuters am 04.11.2026 unter Berufung auf einen hochrangigen äthiopischen Beamten, *dass sein Land das sudanesische Konsulat in der Grenzstadt Assosa geschlossen und die sechs dort tätigen Diplomaten angewiesen habe, das Land innerhalb von 48 Stunden zu verlassen*. Unter Berufung auf sudanesische Regierungsvertreter berichtete die Nachrichtenagentur ferner, *dass die sudanesische Regierung daraufhin mit der Schließung des äthiopischen Konsulats in der ostsudanesischen Stadt Gedaref reagiert und die dort tätigen Diplomaten ausgewiesen habe*. Zuvor hatte der Staatssekretär im Ministerium für auswärtige Angelegenheiten und internationale Zusammenarbeit, Botschafter Muawiya Othman Khalid, bei einer Unterrichtung der im Sudan akkreditierten diplomatischen Vertretungen erklärt, *dass der äthiopische Stützpunkt in Assosa zu einem Zentrum für die Versorgung der Rapid Support Forces mit Waffen und militärischer Ausrüstung geworden sei. Zugleich werde von dort aus die Einreise ausländischer Kämpfer und Söldner auf sudanesisches Territorium erleichtert, damit diese sich an den militärischen Operationen beteiligen könnten*. (Sudan News, 04.11.2026)

Äthiopien ist also der Schuldige und Aggressor. Dennoch gebärdet es sich als Opfer und schließt aus Protest gegen die Anschuldigungen und die beim UN-Sicherheitsrat eingereichte Beschwerde das sudanesische Konsulat. Der Sudan hingegen beschränkt sich darauf, auf diplomatischer Ebene mit entsprechenden Gegenmaßnahmen zu reagieren, statt die Stützpunkte in Äthiopien anzugreifen, von denen aus die Angriffe auf sudanesisches Territorium erfolgen!

8. Somit wird deutlich, dass die Eskalation der Spannungen mit Äthiopien Zielen dient, die mit dem amerikanischen Plan zur Abtrennung Darfurs zusammenhängen. Allerdings verfolgt Äthiopien mit seiner Verschwörung gegen den Sudan auch eigene regionale Interessen, wobei es sich nur auf Weisung der USA in die Angelegenheiten des Sudan einmischt. Bereits zuvor hatte es die Abspaltung des Südsudan unterstützt.

Es liegt daher im Interesse Äthiopiens, sich an den Drohungen gegen den Sudan und den Machenschaften zu seiner Schwächung zu beteiligen. Hintergrund ist der Konflikt um den von Äthiopien errichteten Grand-Ethiopian-Renaissance-Staudamm (GERD), der sowohl dem Sudan als auch Ägypten schadet. Beide Länder erheben Einwände gegen den Staudamm, der zudem gegen das Abkommen über die Verteilung des Nilwassers zwischen den drei Ländern verstößt. Der Staudamm ist damit zu einem regionalen Spannungsherd geworden, den die USA selbst geschaffen haben, indem sie Äthiopien seit 2011 zum Bau des Staudamms ermutigten. Dies eröffnet Washington die Möglichkeit, sich in die Angelegenheiten dieser Länder einzumischen und seinen Einfluss dort auszubauen. Durch das Schüren von Konflikten und Meinungsverschiedenheiten zwischen ihnen sollen diese Länder dazu gebracht werden, sich an die USA zu wenden, damit Washington seine Kontrolle über sie aufrechterhalten kann. So hieß es in der zweiten Gesprächsrunde des gemeinsamen 2+2-Konsultationsmechanismus zwischen dem Sudan und Ägypten, an der am 02.11.2026 die Außen- und Bewässerungsminister beider Länder teilnahmen: *Beide Länder bekräftigten ihre Ablehnung jeglicher Bedrohung der Einheit und territorialen Integrität des Sudan und erklärten ihre Entschlossenheit, die gemeinsame Koordinierung zur Wiederherstellung der Stabilität im Sudan zu verstärken. Zudem verständigten sie sich auf die Notwendigkeit, die Wassersicherheit der beiden Unterliegerstaaten des Nils zu verteidigen und ihre Wasserrechte sowie die ihnen zustehenden Wassernutzungen gemäß dem Abkommen von 1959 in vollem Umfang zu wahren. Keinerlei Eingriffe in diese Rechte dürften zugelassen werden. Ferner waren sich beide Seiten darüber einig, dass der von Äthiopien im Alleingang errichtete Staudamm schwerwiegende Auswirkungen habe und eine fortdauernde Bedrohung für die beiden Unterliegerstaaten des Nils darstelle.* (al-Araby al-Jadid und Akhbar az-Zol Sudan, 02.11.2026) Es liegt somit im Interesse Äthiopiens, den Sudan zu schwächen, damit dieser nicht mehr in der Lage ist, gegen äthiopische Projekte Einspruch zu erheben, die sowohl Ägypten als auch dem Sudan schaden. Dadurch wird zugleich Ägypten geschwächt. Denn verliert es den Sudan als gemeinsame Front gegenüber Äthiopien, kann es diesem nicht mehr wirksam entgegentreten, zumal es dann keinen unmittelbaren Zugang zur äthiopischen Grenze mehr hat.

Allerdings hat das ägyptische Regime von Anfang an nichts unternommen, um den Bau dieses Staudamms zu verhindern. Vielmehr wartete es dessen Fertigstellung ab, bevor es überhaupt begann, sich dagegen auszusprechen. Dies zeigt, dass es keineswegs ernsthaft beabsichtigt, irgendwelche Maßnahmen zu ergreifen, sondern sich den amerikanischen Weisungen zur Untätigkeit unterworfen hat.

9. Auf diese Weise bringen die USA einen weiteren Druckfaktor gegen den Sudan ins Spiel, um das Land zu zerstückeln und unter anderem Darfur abzuspalten. Angefangen bei den amerikanischen Erklärungen, in denen die sudanesische Armee mit den Rapid Support Forces gleichgesetzt wird, über die Vorschläge von Boulos und die Verweigerung eines Visums für al-Burhan bis hin zur jüngsten Einbeziehung Äthiopiens als weiteres Druckmittel. All dies dient dazu, den Boden für die

Abspaltung Darfurs zu bereiten – so wie die USA es bereits mit dem Südsudan getan haben!

Von den Machthabern des Sudan ist nicht zu erwarten, dass sie ernsthafte Schritte unternehmen, um Darfur zurückzugewinnen und seine Abspaltung zu verhindern. Stattdessen lassen sie ihre Truppen in anderen Gebieten kämpfen, um der Bevölkerung vorzutäuschen, sie hätten hier und dort Territorien zurückerobert und der letzte Feldzug werde schließlich Darfur gelten. Doch all dies ist ein Täuschungsmanöver, das darauf abzielt, die Herrschaft Hemedtis und seiner Rapid Support Forces über die Region Darfur zu festigen und so deren Abspaltung vorzubereiten. Denn wer dies tatsächlich verhindern will, richtet seinen Angriff auf die eigentliche Wurzel des Unheils: auf die Region Darfur. Er bündelt sämtliche verfügbaren Kräfte, marschiert gezielt dorthin und beseitigt dort das Haupt des Übels. Damit würden auch die übrigen Gebiete, die Hemedti und seine Truppen kontrollieren, zwangsläufig fallen, sodass von ihrer Herrschaft nichts mehr übrig bliebe.

Da diese Machthaber jedoch Vasallen sind, die den Willen der USA umgesetzt und das Land in seine heutige Lage gebracht haben, ist von ihnen nichts Gutes zu erwarten. Daher ist es geboten, auf ihren Sturz hinzuarbeiten und eine aufrichtige, politisch bewusste Führung aus der Umma an die Macht zu bringen: die Führung von Hizb-ut-Tahrir. Damit diese das Kalifat ausruft und die islamischen Rechtssprüche auf die Aufständischen, die ungehorsamen Rebellen, die Vasallen und die Separatisten zur Anwendung bringt. Auf diese Weise wird sie das Land vor den Machenschaften seiner Feinde im Inneren wie im Äußeren bewahren und seiner Bevölkerung, die durch diesen schmutzigen Krieg vertrieben wurde, Sicherheit, Schutz und Zuflucht gewähren.

Und dies wird sich mit Allahs Erlaubnis gewiss erfüllen, in Bestätigung der Worte unseres Gesandten ﷺ, die Ahmad, aṭ-Ṭayālisī und al-Bazzār überliefert haben:

«ثُمَّ تَكُونُ خِلَافَةً عَلَى مِنْهَاجِ النُّبُوَّةِ»

Sodann wird ein Kalifat nach dem Plan des Prophetentums entstehen.

Erfüllen wird sich dies durch die Tatkraft der Gläubigen und den Beistand des Allmächtigen und Allweisen:

﴿يَا أَيُّهَا الَّذِينَ آمَنُوا إِنْ تَنْصُرُوا اللَّهَ يَنْصُرْكُمْ وَيُثَبِّتْ أَقْدَامَكُم * وَالَّذِينَ كَفَرُوا فَتَعْساً لَهُمْ وَأَضَلَّ أَعْمَالَهُمْ﴾

Ihr, die ihr glaubt! Wenn ihr Allah beisteht, steht Er euch bei und gibt euch festen Stand. Diejenigen aber, die ungläubig sind: Verderben über sie! Ihre Werke wird Er fehlgehen lassen. **(47:7–8)**

1. Ǧumādā al-Āḫira 1448 n. H.

11.11.2026